

Mit der Jugend DER JUGEND IN BILDUNG UND BERUF NEUE ZUKUNFTSCHANCEN SCHAFFEN

Zum Leitantrag des Bundesvorstandes (III)

Am 21. September 1981 hat der Bundesvorstand den Leitantrag für den 30. Bundesparteitag in Hamburg verabschiedet. „Der Sinn des Leitantrages liegt nicht darin, zu den genannten vier Themen das Grundsatzprogramm der CDU neu aufzulegen. Er ist vielmehr darin zu sehen, das Grundsatzprogramm zu konkretisieren.“

(Heiner Geißler)

„Wir brauchen eine neue, aber ohne ideologische Frontstellung geführte Bildungsdebatte, in der wir klären müssen, was wir von Schule, Berufsausbildung und Hochschule erwarten, was sie leisten sollen und was sie nicht leisten sollen. Wir brauchen eine Diskussion, die die Bildungsinhalte in den Mittelpunkt stellt und die praktischen Probleme der Schüler, Lehrer und Eltern nicht länger ausklammert. Wir brauchen eine Bildungsdebatte, an deren Ende nicht mehr, sondern weniger Staat steht und die statt dessen freie Träger, Eltern, Lehrer und Schüler zu mehr Eigeninitiative und Zusammenarbeit ermutigt.“

Mit diesen Worten umriß der Parteivorsitzende Helmut Kohl im März 1981 auf dem 29. Bundesparteitag in Mannheim die bildungspolitischen Aufgaben des nachfolgenden Parteitages. Nach gründlichen Diskussionen in der gesamten Partei wie vor allem auch in den Fachgremien konnte der Bundesvorstand am 21. September 1981 einen Leitantrag verabschieden, dessen dritter Teil die Wege zur Schaffung neuer Zukunftschancen in Bildung und Beruf beschreibt. Die CDU erweist sich damit als eine Partei, welche die drängenden Aufgaben der politischen Gestaltung schon frühzeitig klar erkennt und zukunftsorientierte Lösungen vorstellt.

Die Zeit ist reif

Die Notwendigkeit wesentlicher Kurskorrekturen in der Bildungspolitik drängt sich gegenwärtig geradezu auf. Unser Bildungswesen stößt an Grenzen. Dies sind zum einen **äußere Grenzen**: Der quantitative Ausbau des Bildungswesens in der Vergangenheit wird durch die demographische Entwicklung gebremst werden. Die Abgänger aus der Mittelstufe unserer allgemeinbildenden Schulen z. B. werden vom gegenwärtigen Stand bis zum Jahr 1990 fast um die Hälfte zurückgehen. Auch das Bemühen um eine Ordnung der Staatsfinanzen wird nicht ohne Folgewirkung auf die Bildungspolitik bleiben können.

Unser Bildungswesen stößt vielerorts aber auch an **innere Grenzen**: Neben notwendigen und sinnvollen Verbesserungen hat es in der Vergangenheit vor allem in SPD geführten Ländern bildungspolitische Experimente gegeben, die ständig neue Veränderungen und Reformen nach sich zogen. Ein zugleich leistungsfähiges und menschliches Bildungswesen aber erträgt keinen Veränderungs-Dauerstreß.

Es gibt eine aus dem Wesen von Bildung selbst herrührende innere Notwendigkeit, einmal zu einem Abschluß zu kommen, auch zu einem Abschluß von Reformen. Dieser Zeitpunkt ist nun erreicht.

Die in den Ländern eingerichteten Modellversuche sind inzwischen weitgehend abgeschlossen oder sie werden bald beendet sein. Es liegen zahlreiche wissenschaftliche Begleitstudien, Untersuchungen und konzeptionelle Entwürfe vor, aus denen nun politische Schlußfolgerungen zu ziehen sind. Die Zeit ist reif für eine kritische Bilanz; Fehlentwicklungen sind heute klar erkennbar, Kurskorrekturen dürfen nicht länger hinausgeschoben werden.

Fehlentwicklungen der Vergangenheit

Es sind vor allem drei Entwicklungen im Bildungswesen der letzten fünfzehn Jahre gewesen, die heute dringend korrigiert werden müssen:

1. Die Bildungspolitik verkümmerte zur Organisations- und Strukturpolitik. Die Diskussion konzentrierte sich übermäßig auf Themen wie Gesamtschule, Oberstufenreform oder Abbau des dualen Systems der Berufsausbildung. Dadurch traten Fragen nach den Inhalten und den Erziehungszielen in Bildung und Ausbildung stark in den Hintergrund. Nur so ist es zu erklären, daß anonyme Großsysteme entstehen konnten; daß Klassengemeinschaften aufgelöst und personale Strukturen zerstört wurden; daß zwischen Schule und Elternhaus, aber auch zwischen Lehrern und Schülern die Distanz immer größer wurde. Vor allem die Schule hat durch diesen Prozeß sowohl an Leistungsfähigkeit bei der Wissensvermittlung verloren wie auch an Wert als Ort menschlicher Begegnung und Erfahrung.

2. Die Bildungspolitik wurde einseitig überfrachtet durch ein ideologisches Ziel der Gleichheit und durch eine übersteigerte Verwissenschaftlichung. Ein falscher Begriff von Gleichheit und Begabung ließ die unterschiedlichen Fähigkeiten und Anlagen des Menschen außer acht. Da Begabung für beliebig machbar gehalten wurde, kam es zu einer Überbewertung des Abiturs und zu einer Vernachlässigung der Hauptschule. Überhöhte Anforderungen und längere Bildungswege führten zu Schulunlust. Der Förderung von Hochbegabten schenkte man nur wenig Beachtung, die berufliche Bildung wurde stark ausgedünnt. Häufig sind Hauptschüler für die berufliche Ausbildung, Abiturienten für ein Hochschulstudium und Universitätsabsolventen für den Beruf nur mangelhaft gerüstet.

3. Die Bildungspolitik wurde zum Vehikel pädagogischer Ideologien. Vor allem unter dem Einfluß der sogenannten emanzipatorischen Pädagogik entstanden Rahmenrichtlinien für den Unterricht, die nicht nur die Vermittlung von Wissen in manchen Bereichen verdrängten, sondern überdies die Erziehung zum Konsens durch die idealisierte Bereitschaft zum Konflikt ersetzten.

Ein tiefes Auseinanderklaffen zwischen schulischer und familiärer Erziehung war eine der die Gesellschaft belastenden Folgen. Erziehungsziele entfernten sich zunehmend von den Normen der Verfassungen, Bildungseinrichtungen gerieten immer stärker in den Sog einer totalen Politisierung.

Entscheidende Korrekturen sind erforderlich

Aus diesen Fehlentwicklungen ergeben sich die notwendigen Korrekturen für eine Bildungspolitik, welche die Chancen der Jugend zukunftsorientiert sichern kann. Der Leitantrag des Bundesvorstandes zum 30. Bundesparteitag versucht, die bildungspolitischen Positionen der CDU, wie sie im Grundsatzprogramm beschrieben sind, auf die aktuellen Erfordernisse hin zu konkretisieren. Diese Vorlage erhebt also nicht den Anspruch, eine erschöpfende Darstellung aller bildungspolitischen Aussagen zu sein. Dieser Leitantrag ist vielmehr zu verstehen als aktuelle und konkrete Antwort auf die genannten Fehlentwicklungen.

I. Bildungs- und Erziehungsinhalte müssen wieder zum zentralen Kriterium der Bildungspolitik werden

Jede Gesellschaft ist darauf angewiesen, in fundamentalen Wertvorstellungen und Normen über eine möglichst breite Übereinstimmung zu verfügen.

Wo der Konsens über das geistige Fundament der staatlichen Gemeinschaft brüchig wird, da entstehen selbstzerstörende Spannungen. Daher hängt der Bestand einer Gesellschaftsordnung ganz wesentlich davon ab, ob sich auch die nachwachsende Generation mit den grundlegenden Werten und Normen identifiziert.

Dies zu erreichen ist eine zentrale Aufgabe des Bildungswesens. Es muß den Heranwachsenden dazu befähigen, jenem Grundkonsens an gemeinsamer Überzeugung beizutreten, wie er im Grundgesetz und in den Landesverfassungen erreicht und niedergelegt worden ist.

„Daß sich der Gesetzgeber in erster Linie um die Erziehung der jungen Menschen kümmern muß, wird wohl niemand bestreiten. Wo es in einem Staat nicht geschieht, da erwächst auch ein Schaden für die Verfassung. Die Menschen müssen ja im Hinblick auf die jeweilige Verfassung erzogen werden.“ Diese Sätze schrieb bereits vor über 2300 Jahren der Philosoph Aristoteles im Achten Buch seiner „Politik“.

Obwohl alle Landesverfassungen für das Bildungswesen klare Ziele benennen, besteht gegenwärtig kein hinreichender Grundkonsens, welche Werte in Bildung und Erziehung vermittelt werden sollen. Der bei Heranwachsenden oft beklagten „Orientierungskrise“ wird nur begegnet werden können, wenn Lehrpläne, Schulbücher und Unterricht sich wieder eindeutig an dem Bildungsauftrag der Verfassungen orientieren.

Es ist erstaunlich, welche Aktualität manche Verfassungsartikel heute haben: „Duldsamkeit und Achtung vor der Überzeugung des anderen“ (Art. 7.2 NRW), „berufliche und soziale Bewährung“ (Art. 12.1 BaWü), „getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit“ (Art. 56.5 Hessen) — hier sind Bildungs- und Erziehungsziele vorgegeben, die wieder nachdrücklich in die Praxis umgesetzt werden müssen. Der Schüler muß im Bildungswesen die Erfahrung machen können, daß bestimmte Werthaltungen öffentlich und allgemein geschätzt werden. Allerdings ist hier die Frage auch an den Erzieher selbst gestellt.

Werte können dem Schüler nur dann glaubwürdig vermittelt werden, wenn der Lehrer in seiner Person selbst Werte und ihre Ordnung für sich akzeptiert und zu verwirklichen sucht.

Der Leitantrag fordert daher, daß die Ausbildung der Lehrer auch die Vermittlung eines umfassenden pädagogischen Berufsethos zum Inhalt hat.

Anthropologische Grundüberzeugungen sind auch maßgebend für die Haltung der CDU zu den Schulformen.

Auf der Grundlage eines Menschenbildes, das von unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten ausgeht, tritt der Leitantrag für ein vielfältig gegliedertes Schulwesen ein. Hohes Bildungsniveau und soziale Gerechtigkeit können nur durch ein nach Begabungsrichtung und Leistungsanspruch differenziertes System verwirklicht werden. Nivellierende Integrationsversuche lehnt die CDU ab.

Für Gesamtschulen werden hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und der Abschlußqualifikationen gleichwertige Standards wie im gegliederten Schulwesen gefordert.

Die Forderung nach einer Rückbesinnung auf grundlegende Erziehungsziele hat auch strukturelle Konsequenzen. Humanes Lernen ist nur dort möglich, wo die sozialen Einheiten überschaubar bleiben. Zu große Schulen bringen schwerwiegende Nachteile für Schüler und Lehrer mit sich.

Etwaige Vorteile bei einem größeren, vielfältigeren Unterrichtsangebot können die Nachteile schulischer Großsysteme nicht aufwiegen. Beim Hearing der CDU am 11. September 1981 prägte Gräfin Plettenberg von der Katholischen Elternschaft Deutschlands die treffende Formulierung:

„Schicken Sie fahrende Lehrer in kleinen Autos in kleine Schulen, anstatt kleine Schüler in großen Autos in große Schulen.“

Die CDU fordert überschaubare Schulen, kleinere Klassen und kurze Schulwege.

II. Chancengerechtigkeit und Praxisnähe statt Gleichheitsideologie und Verwissenschaftlichung

Das Wissen der Menschen hat in einem Maß zugenommen, daß es dem einzelnen unmöglich geworden ist, einen Überblick über die gesamte Fülle des angesammelten Wissensstoffes zu behalten. Andererseits verlangt unsere hochdifferenzierte, auf arbeitsteiliges Spezialistentum ausgerichtete Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte. Bei dieser Ausgangslage kann Allgemeinbildung sinnvollerweise nur heißen, jedem Schüler ein bestimmtes Grundwissen und eine individuelle Befähigung zu vermitteln, die durch das Profil der einzelnen Schularten geprägt ist. Nur so wird es möglich sein, etwa für die Hauptschule einen geachteten Platz im Bildungswesen wieder zurückzugewinnen.

Gerade hier sollte durch ein breites Angebot von berufsnahen Arbeitsgemeinschaften unter Mitwirkung von Praktikern eine enge Berufsbezogenheit angestrebt werden. Ein 10. Pflichtschuljahr lehnt die CDU ab. Sie ist von der hohen Leistungsfähigkeit der praxisnahen Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule überzeugt und zieht daher ein Berufsgrundbildungsjahr in Schule und Betrieb den rein schulischen Formen des Berufsgrundbildungsjahres vor.

Unter dem Gesichtspunkt der Praxisnähe setzt sich der Leitantrag auch für eine Verkürzung überlanger Ausbildungszeiten ein. Gegenwärtig haben 16 700 Studenten an deutschen Hochschulen 19 und mehr Semester hinter sich gebracht! Es ist insgesamt ein genereller Trend zur Flucht in Bildungsgänge erkennbar.

Durch Phaseneinteilungen mit Teilabschlüssen in den Ausbildungsgängen könnten zum einen ein stärker erkennbarer Realitätsbezug erreicht und zum anderen die individuellen Erfolgsschancen wesentlich verbessert werden. Auch unter gesellschaftspolitischem Aspekt muß angestrebt werden, die nachwachsende Generation früher als bisher in Verantwortung fordernde Positionen zu bringen.

Erhebliche Kurskorrekturen werden in dem Leitantrag für die Oberstufe des Gymnasiums gefordert. Nach einer 1972 getroffenen Vereinbarung der Kultusminister sollte die Einführung der Reformierten Oberstufe sowohl eine gemeinsame Grundausbildung für alle Schüler gewährleisten als auch Raum bieten für die individuelle Spezialisierung. Dies sollte durch die Umwandlung des im Klassenverband erteilten Unterrichts in einen jahrgangsübergreifend organisierten Unterricht erreicht werden, der in Grundkurse und Leistungskurse differenziert wurde.

Inzwischen ist erkennbar geworden, daß diese Reform zu gravierenden Nachteilen geführt hat: zu wenig Allgemeinbildung, zu viel Spezialisierung, zu hoher Verwaltungsaufwand, unklare Leistungsanforderungen.

Die CDU fordert daher eine Verbreiterung der allgemeinen Grundbildung durch eine stärkere Berücksichtigung der Kernfächer bei der Wahl der Leistungskurse. Zur Sicherung der allgemeinen Studierfähigkeit sollen die Fächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Geschichte sowie ein naturwissenschaftliches Fach bis zum Abitur geführt werden. In diesem Zusammenhang gehört auch die Forderung, im Bereich der Hochschule trotz der notwendigen Differenzierung und Spezialisierung einen Überblick über Gesamtzusammenhänge zu vermitteln.

Das Streben nach Wissenschaftsorientiertheit des Unterrichts darf nicht dazu führen, daß überhöhte wissenschaftliche Ansprüche und Methoden in die Lehrpläne übernommen werden. Der Unterricht muß mehr sein, als die bloße Organisation von Lernprozessen, die abfragbare Informationen liefern. Der Erziehungsauftrag der Schule wird verfehlt, wenn möglichst perfekte Lernzielkataloge zu einer Überfrachtung der Lehrpläne führen.

Hier wie in den Schulbüchern muß auf eine stärkere Altersangemessenheit der Anforderungen und eine verständliche Sprache hingearbeitet werden. Die erzieherische Dimension muß wieder Vorrang erhalten vor der wissenschaftlichen Systematik.

III. Für eine ideologiefreie Schule

Ein großer Teil der Fehlentwicklungen im Bildungswesen der letzten fünfzehn Jahre ist darauf zurückzuführen, daß ideologisch begründete Positionen in der Lehrerausbildung, in den Lehrplänen und im Unterricht Eingang fanden. Unter Schlagworten wie

„antiautoritäre Erziehung“, „Konfliktpädagogik“ oder „emanzipatorische Pädagogik“ wurden Erziehungsmodelle propagiert, die in ihren langfristigen Auswirkungen heute noch gar nicht absehbar sind. Hier fordert der Leitantrag eine entscheidende Korrektur, die vor allem in zwei Bereichen konkretisiert werden soll:

- a) Das umfassende Erziehungsrecht der Eltern muß uneingeschränkt beachtet werden. Die CDU wendet sich gegen alle Versuche, dieses Recht auszuhöhlen.

Es gibt pädagogische Theorien, die davon ausgehen, die Erziehung in der Familie könne das Kind daran hindern, „in Distanz zur eigenen Person zu treten“ und die darum – an den Eltern vorbei – sogenannte „Wert- und Einstellungsalternativen“ vermitteln wollen. Wer weiß, welche Geborgenheit das Grundvertrauen in die Eltern für einen Heranwachsenden darstellt, der weiß auch, wie tiefgreifend solche Vertrauenszerstörung sich auswirken muß.

Vertrauenszerstörung ist Entwicklungsstörung und damit Zukunftsvernichtung. Wer Lebensbezüge und Lernbereiche in Konfliktfelder auflöst, fördert nicht Kritikfähigkeit, sondern macht sie vielmehr unmöglich.

Hier muß vor allem in zahlreichen Schulbüchern überprüft werden, welche Leitbilder vermittelt werden: böse Erwachsene, gierige Unternehmer, dumme, weil pflichttreue Arbeiter, rücksichtslose Vermieter, beschränkte Eltern – die Reihe der angeblichen Bösewichter umfaßt in manchem Unterrichtswerk bald den gesamten gesunden Teil der Gesellschaft! Immer wieder tauchen – vor allem in den selbst hergestellten Arbeitsbögen – ganz bestimmte Begriffe auf: Konflikt, Fremdbestimmung, Interesse, Privileg, Ausbeutung, System und Unterdrückung. Andere Begriffe hingegen fehlen völlig: Dankbarkeit, Verantwortung, Vertrauen, Treue, Heimat.

Mit dem Anspruch, angeblich bessere, nämlich wissenschaftlich begründete, Erziehungsarbeit als die Eltern zu leisten, wird hier in Wahrheit eine bewußt gewollte Entfremdung vom Elternhaus und seinem Erziehungsstil betrieben.

Daher fordert die CDU, daß Fragen des Unterrichtsinhaltes, der Auswahl der Schulbücher und der Behandlung politischer und kultureller Themen von den Eltern mitgeprägt werden können.

- b) Nicht zu Unrecht ist in der bildungspolitischen Diskussion das Phänomen des „Schulstress“, der Überforderung von Schülern, beklagt worden. Darüber wurde aber ein anderer Sachverhalt oft völlig vergessen: Die Unterforderung der Begabten. Dazu trug auch bei, daß Leistung durch ideologische Voreingenommenheit verdächtigt wurde. Die schlechthin unerlässliche Leistungsbereitschaft und der darauf aufbauende Leistungswettbewerb in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens wurde als nicht mehr zeitgemäß hingestellt oder sogar als inhuman ver-

teufelt. Gerade bei Teilen der jungen Generation fanden solche Parolen ein offenes Ohr; ihr Slogan heißt: „Null Bock auf Arbeit!“

Die CDU bekennt sich nachdrücklich zur Leistung, auf die in Schule und Gesellschaft nicht verzichtet werden kann. Der Ruf nach Pädagogisierung des Unterrichts darf nicht einseitig im Sinne einer Herabsetzung oder gar Aufhebung jeder Leistungsanforderung mißverstanden werden.

Jede Begabung ist für die Entwicklung der Einzelperson wichtig. Wo die Schule vorhandenes Leistungsvermögen des Schülers brach liegen läßt, verhält sie sich inhuman. Wichtig dabei ist: Auch die Mitsorge für andere erfordert die Ausschöpfung der eigenen Leistungsfähigkeit, denn jede erbrachte Leistung in unserem Gemeinwesen hat auch einen sozialen Bezug.

Darum darf Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft nicht sozial verächtlich gemacht und förderpolitisch benachteiligt werden. Die CDU setzt sich für die Förderung von Hochbegabten ein, aus welchen gesellschaftlichen Schichten auch immer sie kommen. Die Heranbildung von Eliten muß als Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.